

**Ausschuss für
Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten,
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

8. Sitzung
am 13. März 2012
im Börsenhof A

Anwesend: Abg. Bolayela (SPD)
Abg. Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Frau Grönert (CDU)
Abg. Frau Hiller (SPD), stellvertretende Vorsitzende
Abg. Holsten (SPD)
Abg. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzender
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Motschmann (CDU)
Abg. Oppermann (SPD)
Abg. Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Ministerpräsident Lambertz) Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Königreich Belgien
Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt) Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa und Staatsrätin für Integration bei der Senatskanzlei
Herr Bruns Herr Raff Herr Schröder) von der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa

Frau Harth Herr Schmidt) von der Senatskanzlei)
Frau Cengiz) stellvertretende Vorsitzende des Bremer Rates für Integration
Frau Diekmann-Karg) ZGF - Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau
Frau La Bionda Frau Kahle Frau Kök Frau Reinbold) SPD-Mentoringprogramm)))
Frau Weitenhagen) Referendarin bei der Senatskanzlei
Frau Mersmann) Praktikantin bei der Bürgerschaftskanzlei
Frau Köhler) von der Bürgerschaftskanzlei als Assistentin des Ausschusses

Beratungsgegenstände

- 1. Gespräch mit Herrn Ministerpräsidenten Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Königreich Belgien und Ergebnisse und Bewertung des EU-Gipfels vom 1. und 2. März 2012**
- 2. Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung vom 14. Februar 2012**
- 3. Änderung der Satzung des Bremer Rates für Integration und öffentlicher Aufruf zur Nachbenennung von Mitgliedern**
- 4. Protokolle der Sitzungen des Bremer Rates für Integration und Tätigkeitsbericht 2011**
- 5. Sonstige aktuelle integrationspolitische Themen**
 - 5.1 Entwicklungsplan Partizipation und Integration 2012-2015 – Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken**
 - 5.2 Weitere**
- 6. Zuwendungsbericht 2010**
- 7. Aktuelle bundespolitische Themen**
- 8. ACTA - Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie**
- 9. Sonstige aktuelle europapolitische Themen**
 - 9.1 Subsidiaritätsbedenken zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung und eine Datenschutz-Richtlinie im Bereich der Strafverfolgung**
 - 9.2 Weitere**
- 10. Ständige Gäste**
- 11. Verschiedenes**
 - 11.1. Termin der Ausschusssitzung im April**
 - 11.2. Strategie zur Europa-Kommunikation des Auswärtigen Amtes**
 - 11.3 Vorläufige Themenvorschläge für die europapolitische Arbeitstagung in Brüssel**
 - 11.4 Themenvorschläge der Fraktionen aus dem Arbeitsprogramm 2012 der KOM**
 - 11.5 Informationstag des IQ-Netzwerkes Bremen**
 - 11.6 Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft**

Abg. Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung um 14:32 Uhr.

Der Ausschuss beschließt, die vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte 2 und 3 zusammen zu Beginn der Sitzung zu beraten und ist im Übrigen mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden.

1. Gespräch mit Herrn Ministerpräsidenten Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Königreich Belgien und Ergebnisse und Bewertung des EU-Gipfels vom 1. und 2. März 2012

Abg. Dr. Kuhn begrüßt Ministerpräsident Lambertz.

Ministerpräsident Lambertz stellt fest, dass sowohl das Land Bremen wie auch die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens gemessen an deren jeweiligen Nationalstaaten und deren Bevölkerungszahlen relativ klein seien. Und doch gebe es auch für das Bestehen solcher kleinen Gebietskörperschaften eine Vielzahl historischer Gründe. Da Veränderungen von Grenzen von Gebietskörperschaften regelmäßig mit heftigen Konflikten oder gar kriegerischen Auseinandersetzungen einhergingen, rate er davon ab, solche Gebietskörperschaften ohne wirklich zwingende Gründe zu verändern. Es komme vielmehr darauf an, die Rolle, die man in seinem Land habe und die Möglichkeiten, die diese Rolle eröffneten, optimal zu nutzen.

Die lange dauernde Regierungsbildung in Belgien sei vor dem Hintergrund des langjährigen Bemühens des Bundeslandes Flanderns um eine Föderalismusreform zu sehen. Flandern, das mittlerweile das stärkste und größte Bundesland Belgiens sei, strebe seit etwa zehn Jahren nach einer Verfassungsreform, die den Ländern mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung zugestehen solle. Eine solche Reform sei aber von Wallonien, dem früher wirtschaftlich stärkeren, heute aber ärmeren Bundesland blockiert worden. Nach der Wahl von 2010 hätten die Flamen daraufhin die Frage der Regierungsbildung an die der Föderalismusreform geknüpft. Dass das Land Belgien über eine solch lange regierungslose Zeit dennoch habe funktionieren können, liege daran, dass die politische Macht auf Landesebene und nicht auf Bundes-

ebene liege, da es in Belgien keine Bundesparteien gebe. Im Oktober letzten Jahres habe man eine Einigung zur Föderalismusreform gefunden und somit im Dezember auch eine Regierung bilden können. Die neue Regierung habe sehr kurzfristig eine Rentenreform durchgebracht und den Gesamthaushalt drastisch - nämlich um 13 Milliarden Euro bei einem ursprünglich 100 Milliarden Euro umfassenden Gesamthaushalt - reduziert. Hierdurch komme Belgien im Jahr 2012 auf ein maximales Defizit von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die genannten Umstände machten das politische Leben in Belgien derzeit sehr spannend.

Die hohe Staatsverschuldung Belgiens sei ebenfalls ein Ergebnis des Konfliktes zwischen Flamen und Wallonen. Bis zur Umwandlung Belgiens in einen Bundesstaat vor ungefähr 40 Jahren habe man im Rahmen des Einheitsstaates Konflikte so gelöst, dass man der einen Seite nachgab und der anderen Seite dieselben finanziellen Mittel zur Finanzierung eigener Maßnahmen zur Verfügung gestellt habe. Dies habe beispielsweise dazu geführt, dass es sehr komfortabel, aber vielleicht nicht zwingend notwendig ausgeleuchtete Autobahnen gebe. Es habe aber eben auch dazu geführt, dass Belgien in den Achtzigerjahren bei einer Staatsverschuldung von über 130 Prozent lag. Diese habe bis zu der Krise im Jahr 2009 auf knapp 80 Prozent reduziert werden können, sei krisenbedingt dann aber wieder auf knapp unter 100 Prozent angestiegen. Der Weg zu den 60 Prozent, welche die Europäische Union vorschreibe, sei nun ein sehr harter Weg.

Europa werde stark von einigen großen Staaten, insbesondere von Frankreich, Deutschland und mitunter auch von Großbritannien beeinflusst und geleitet. Bevor sich der Europäische Rat versammle, seien die großen Linien bereits durch entsprechende Treffen der Vertreter der großen Länder festgelegt. Belgien sei in der Europäischen Union daher auf gewisse Weise in einer ähnlichen Situation wie Bremen in Berlin. Hinzu komme, dass der Präsident des Europäischen Rates, Van Rompuy, lange Zeit sehr unterschätzt worden sei. Zwischenzeitlich werde sein aus der belgischen Politik entwickeltes Geschick, komplizierte Verhandlungen zu führen, aber durchaus zu schätzen gewusst, so dass seine Amtszeit auch für weitere zweieinhalb Jahre verlängert worden sei.

Die europäische Einigung bewerte er als die wichtigste Errungenschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Europa sei die einzige Alternative, die man habe, wenn man in der Welt von morgen und übermorgen überhaupt noch eine Rolle spielen wolle. In ein paar Jahrzehnten habe Europa noch fünf Prozent der Weltbevölkerung, die zu alledem zu dem veraltetesten Teil der Weltbevölkerung zählen werde. Trotz aller Unzulänglichkeiten sei er stets der Meinung gewesen, dass man mit der deutschen Einigung und auch mit der Osterweiterung den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Die derzeitige Krise sei die tiefste und existentiellste Krise Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Umso wichtiger sei es nun, die richtigen Anstrengungen zu unternehmen. Dabei sehe er eine besondere Rolle der Regionen. Diese seien zusammen mit ihren Kommunen der Ort, an dem am ehesten europäische Begeisterung herbeigeführt werden könne. Allerdings könne man europäische Begeisterung heutzutage nicht mehr über das Reden vom Frieden oder über die gemeinsame Währung herbeiführen. Europabegeisterung könne für die Bevölkerung nur über die Erkenntnis, dass es einer gemeinsamen Anstrengung in Europa bedürfe, gelingen. Voraussetzung hierfür sei ein gut funktionierendes europäisches Mehrebenensystem, in dem nicht nur das Einschränkende und Negative gesehen werde. Die Geburtsfehler Europas müssten nachgebessert werden. So gebe es zwar sehr harte Bestimmungen im Bereich Binnenmarkt und Wettbewerb. Und die Notwendigkeit zu Haushaltssanierungen sei unbestritten. Es sei aber dringend erforderlich, weitere Bereiche, die einen erkennbaren und erlebbaren europäischen Mehrwert bergen, voranzubringen. Nur durch eine gleichzeitige Verbesserung der sozialen Schieflage in Europa, die durch einen vergleichenden Wettbewerb um die besseren Lösungen erzielt werden könne, könne man dafür sorgen, dass Europa ein Kontinent bleibe, der auch im Vergleich zu anderen Kontinenten in der Welt das bessere Modell an sozialer Gerechtigkeit und auch an Wohlstand für möglichst viele Menschen aufweise. Hierin liege eine der großen Aufgaben – auch und insbesondere für die regionalen Parlamente.

Abg. Frau Motschmann bestätigte, dass es an einer Europabegeisterung in der Bevölkerung fehle, was sich auch immer wieder in den Wahlkampfveranstaltungen zeige. Europa werde stets mit Bürokratie und allenfalls noch mit der gemeinsamen Währung in Verbindung gebracht. Aus ihrer Sicht sei das höchste europäische Gut

der Frieden. Das ständige Reden und Verhandeln über Geld könne die Begeisterung für Europa nicht wachsen lassen. Was Europa aus ihrer Sicht zusammenhalte, seien vielmehr die gemeinsamen Werte und der christliche Glaube.

Abg. Saffe zeigt sich erfreut über die kritische Einschätzung zur Ausleuchtung von Autobahnen und erkundigt sich nach der Stromquelle für die Beleuchtung.

Abg. Frau Hiller erinnert daran, dass es neben der Europäischen Union auch die weiterreichende Ebene des Europarates und dort des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) gebe, in welchem Ministerpräsident Lambertz und sie vertreten seien. Hier könnten politische Themen, wie beispielsweise die Auswirkungen von Migration oder auch der Finanzkrise, auf lokaler und regionaler Ebene über die Grenzen der Europäischen Union hinaus diskutiert werden. Dies erlebe sie stets als sehr bereichernd.

Auch sie sehe das Erfordernis starker Regionen und starker regionaler Parlamente für Europa. Dies berühre aber auch die Frage, an welcher Stelle Entscheidungen getroffen würden. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt interessierten sie Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen der Selbstbestimmung. Vor allem im Bereich der Budgethoheit stelle sich die Frage danach, wer letztlich entscheide, wofür Geld ausgegeben werde.

Das Thema Sozialunion sehe sie als zentral für die Europäische Union an. Wachstum und Beschäftigung müssten voran gebracht werden. Dabei sei - gerade von Deutschland, das selbst nach dem Krieg viel Solidarität, einen Schuldenschnitt und zinslose Kredite erfahren habe - ein hohes Maß an Solidarität mit den Staaten, die jetzt Unterstützung brauchten, erforderlich und angemessen.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh betont den hohen Wert der Entwicklung einer politischen Identität in einem kulturell, religiös und sprachlich vielfältigen Europa, den sie - als ursprünglich nicht aus einem europäischen Land stammend - sehr schätze und

der sie zu einer überzeugten Europäerin habe werden lassen. Ihr Arbeitsschwerpunkt sei ursprünglich im Öffentlichen Dienst der Bereich Migration und Flüchtlinge gewesen. Obwohl es in der europäischen Flüchtlingspolitik auch kritische Aspekte wie zum Beispiel Frontex gebe, habe sie die Auseinandersetzungen mit europäischen Standards sowie die Umsetzung europäischer Richtlinien als sehr förderlich für die Fortentwicklung der Situation in Deutschland erfahren. Auch viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland sähen Europa sehr positiv, da sie mit einem Aufenthaltstitel die Möglichkeit hätten, Verwandte in anderen europäischen Ländern zu besuchen.

Aktuell würde sie gerne mehr über den heutigen Brandanschlag auf eine Moschee in Belgien erfahren.

Abg. Dr. vom Bruch stellt heraus, dass Europa derzeit vor allem ein kommunikatives Problem habe. Das was man in Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern erlebe, werde in der medialen Darstellung und damit auch in der Wahrnehmung der Menschen als ein europäisches Problem dargestellt. Dabei habe diese Krise eigentlich so gut wie nichts mit Europa, sondern damit zu tun, dass durch eine unseriöse Regierungspolitik der Mitgliedstaaten Schulden gemacht worden seien, ohne dass diese durch entsprechende steuerliche Aufkommen hinterlegt gewesen seien. Europa sei nun vielmehr die Ebene, die im Moment versuche, diese Probleme aufzufangen und zu bewältigen. Es sei wichtig, dies zu erkennen und dementsprechend die Wahrnehmung der Menschen auf das Verbindende und nicht auf das Trennende zu lenken. Man brauche eine direktere Wahrnehmung von Europa als eine unmittelbar von den Menschen wahrzunehmende und den Menschen dienende Institution. Hierzu sei ein sichtbares Vorankommen in den gegenwärtig und zukünftig wichtigen Bereichen Energie und Umwelt, Bildung sowie Außen- und Sicherheitspolitik erforderlich. Leider zeige Europa in diesen Bereichen eher ein Auseinanderdriften als Gemeinsamkeit, was dem Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union nicht dienlich sei.

Zu den beachtlichen Sparmaßnahmen in Belgien von 13 Prozent interessiere ihn, in welchen Bereichen diese insbesondere erbracht worden seien.

Abg. Dr. Kuhn bezweifelt, ob überhaupt noch „Begeisterung“ für Europa geweckt werden könne. Fundamentale und einfache Erlebnisse wie es sie bei dem Heben der Schlagbäume und dem ersten Fahren in das Nachbarland und der Bezahlung in Euro gegeben habe, könnten mit den heutigen Themen nicht mehr erzielt werden. Er habe daher akzeptiert, mehr Bescheidenheit und Zurückhaltung bei den Erwartungen an eine „Europabegeisterung“ üben zu müssen.

Der Grundwertekatalog Europas sei sehr fortschrittlich und bräuchte sich hinter den nationalen Verfassungen nicht zu verstecken. Die Werte Europas zeichneten sich dabei gerade nicht durch den christlichen Glauben oder durch christlich-jüdische Wurzeln aus, sondern durch den Respekt und die Anerkennung von Vielfalt.

Seine wesentlichen Fragen bezögen sich auf die Verschiebung von Machtverhältnissen im europäischen Gefüge. Zum einen frage er nach der heutigen Bedeutung der Beneluxstaaten, die früher durch gemeinsame Politik und eine entscheidende Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland von großer Bedeutung waren. Auch interessiere ihn eine Einschätzung dazu, ob die Regionen - und damit auch der Ausschuss der Regionen (AdR) - tatsächlich an Macht und Einfluss gewinnen. Schließlich bitte er um eine Einschätzung dazu, ob ebenfalls eine Renationalisierung der europäischen Politik gesehen werde, in der man sich von der Gemeinschaftsmethode entferne und sich zu größerem Einfluss der Nationalstaaten mit Instrumenten wie völkerrechtlichen Verträgen hin bewege.

Ministerpräsident Lambertz sieht Parallelen zu den Diskussionen in anderen europäischen Ländern, betont aber, dass es keine Patentlösungen gebe und der Prozess auf demokratische Weise weiter gestaltet werden müsse. Jedoch sei es eines der höchsten Güter in Europa, ein Gemeinwesen zu haben, in dem friedlich, ohne Einsatz von Waffen und ohne Menschenverachtung politisch die besten Wege geschaffen würden.

Die Beleuchtung der belgischen Autobahnen sei damals mit marginalen Kosten möglich gewesen, da es eine fast einhundertprozentige Versorgung mit Atomstrom gegeben habe. Dies sei zugleich der Grund, weshalb man mittlerweile die Beleuchtungen der Autobahnen zunehmend abschalte.

Die Haushaltssanierung in Belgien umfasse neben der großen Rentenreform, die sich allerdings nicht unmittelbar auswirke, insbesondere auch Änderungen im Bereich der Arbeitslosigkeitsregelungen sowie Neubewertungen von Funktionskosten in der Verwaltung und bei Infrastrukturprojekten. Neben weiteren punktuellen Maßnahmen, wie etwa den Änderungen bei der Finanzierung von Staatsbetrieben sei auf allen Ebenen angesetzt worden. Darüber hinaus seien Steuererhöhungen vorgenommen worden, um die Einnahmeseite zu verbessern. Dabei habe man aber darauf geachtet, den Steuerdruck nicht allzu sehr zu erhöhen.

Der Anschlag auf die Moschee habe sich in der Region Brüssel ereignet. Die Moschee sei mit einem Molotowcocktail in Brand gesetzt worden. Dabei sei eine Person, wahrscheinlich der Imam, gestorben. Es sei ein Mann festgenommen worden, der als Täter vermutet werde. Nach ersten Informationen der belgischen Innenministerin handele es sich um einen Nordafrikaner, der ebenfalls der islamischen Glaubensgemeinschaft angehöre. Es scheine eine Rivalität zwischen verschiedenen Untergruppen gegeben zu haben.

Die „Begeisterung“ für Europa sei im Sinne einer inneren Überzeugung zu verstehen. Die Menschen hätten zu Unrecht häufig eine negative Vorstellung von Europa. Dies hänge stark mit der weit verbreiteten Untugend der Mitgliedstaaten zusammen, sich alles, was gut laufe, selbst zuzurechnen und alles, was schlecht laufe, der Europäischen Union zuzuschreiben. Hieran hätte auch die mediale Darstellung ihren Anteil. Es sei daher wichtig, künftig die vorteilhaften Entwicklungen für die Bürgerinnen und Bürger innerhalb Europas stärker zu kommunizieren. Dabei sei sehr darauf zu achten, dass die Kommunikation nicht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeiginge, ansonsten bewirkten teure Kommunikationsprogramme genau den gegenteiligen Effekt.

Die Krise sei in der Tat keine Europakrise, sondern habe mit der Bankenkrise in USA begonnen. Obwohl es zwischenzeitlich auch um Fragen der übertriebenen Überschuldung europäischer Staaten weltweit gehe, handele es sich doch fundamentaler um eine Krise des Weltfinanzsystems. Finanzoperationen und Realwirtschaft hätten sich zu weit voneinander entfernt. Wenn man einerseits mehr Geld mit Geld verdienen könne, als mit Arbeit und wenn andererseits eine Arbeit von morgens bis abends nicht ausreiche, um sich selbst und seine Familie ernähren zu können, sei das gesamte System nicht mehr in Ordnung. Dies gelte es, wieder in Ordnung zu bringen. Dabei sei unter anderem mit öffentlichen Finanzen sehr sorgsam umzugehen. Dennoch sei es wichtig, Handlungsspielräume zu erhalten, um die Perspektiven, die die Menschen bräuchten, noch finanzieren zu können.

Werte zu haben, sei für eine Gesellschaft existentiell. Dabei dürften aber Toleranz und Dialogbereitschaft nicht aus fundamentalistischen Werten heraus verloren gehen. Der KGRE sei ein hervorragendes Forum, um mit weiteren, außerhalb der Europäischen Union liegenden, aber zum europäischen Kontinent gehörenden Ländern über Toleranz, Grundwerte und den Dialog der Religionen zu diskutieren.

Insbesondere das Thema Einwanderung und Integration betrachte er – nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels - als eines der zentralen Themen der nächsten Jahrzehnte. Dabei brauche man aber eine gut organisierte europäische Einwanderungspolitik, um die Einwanderung zu regeln und Probleme mit illegal Eingewanderten in den Griff zu bekommen. Daneben seien die Themen Energie und Umwelt, sowie Bildung die zentralen Fragen der Zukunft. Sicherheit im physischen Sinne als auch im Sinne sozialer Sicherheit sei für die Menschen fundamental.

Die Beneluxstaaten seien in der Tat Vorreiter der Europäischen Union gewesen. Obgleich es in der Zwischenzeit Veränderungen in der Rolle gegeben habe und obgleich das Binnenverhältnis der drei Beneluxstaaten nicht immer ganz einfach sei, habe Benelux noch immer eine Menge Potential. Der neue Beneluxvertrag sei erst vor einigen Tagen in Kraft getreten.

Obgleich ein – möglicherweise krisenbedingter - Trend zur Renationalisierung in Europa zu beobachten sei, sei er überzeugt, dass Europa nur mit der Gemeinschaftsmethode und durch eine weitere Demokratisierung wieder stark zu machen sei. Insbesondere gelte dies für den Ausbau der Rolle des Europäischen Parlamentes.

Die Rolle der Regionen nehme er als zunehmend wichtig wahr. Diese zeichneten sich durch eine erhebliche Vielfalt aus, innerhalb derer keine Harmonisierung zu erwarten sei. Die Bedeutung der Regionen liege darin, dass sie eine wichtige Mittlerfunktion zwischen der europäischen und der nationalen sowie der kommunalen Ebene einnehme. Der Rahmen der Regionen biete einerseits Gestaltungsspielräume, die aufgrund ihrer Überschaubarkeit aber zugleich für die Menschen nachvollziehbar und erlebbar blieben. Er sei überzeugt, dass von den Regionen ein entscheidender Impuls für Europa ausgehen könne. Dabei gelte es auch die Nachbarn der Europäischen Union einzubeziehen. Die Europäische Union brauche diese Kontakte. Die Arbeit im KGRE sei gerade deshalb extrem bereichernd und beeindruckend, weil man lerne, eigene Vorurteile in Frage zu stellen und bislang ungekannte Möglichkeiten der Synergien und der Zusammenarbeit entdecken könne.

Abg. Dr. Kuhn bedankt sich herzlich für den Besuch von Ministerpräsident Lambertz und weist auf die Veranstaltung zur Rolle der Regionen in der Europäischen Union am selben Abend im Europa.Punkt.Bremen hin.

Herr Bruns gibt bekannt, dass in der Zwischenzeit ein Issues Paper vorliege, das den Beratungen des Europäischen Rates vom 1. und 2. März 2012 zugrunde lag. Das Papier habe die Kommission erstellt, indem sie bestimmte ökonomische und finanzpolitische Parameter für die einzelnen Mitgliedstaaten formuliert habe. Die Brisanz des Papiers liege darin, dass es einen Vergleich der europäischen Staaten in bestimmten Bereichen, wie etwa Steuerkonsolidierung, Wachstum und Beschäftigung, erlaube. Dem Ausschuss könne das Papier in der englischen Originalfassung zusammen mit einer kurzen deutschen Zusammenfassung zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2. Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung vom 14. Februar 2012

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 7. Sitzung vom 14. Februar 2012.

3. Änderung der Satzung des Bremer Rates für Integration und öffentlicher Aufruf zur Nachbenennung von Mitgliedern

Abg. Dr. Kuhn erklärt die Notwendigkeit der Satzungsänderung, durch die eine Verfahrensregelung bei der Besetzung von Stellen im Bremer Rat für Integration festgelegt werde, mit der neuen Zuständigkeit des Ausschusses für die Auswahl. Es werde vorgeschlagen, dass ein öffentlicher Aufruf zur Abgabe von Bewerbungen erfolge. Über die Besetzung werde der Ausschuss nach Sichtung der eingegangenen Bewerbungen beschließen. In der Vorlage sei versehentlich nicht die letzte Version der Satzung zugrunde gelegt worden. Dies berühre aber nicht die vorgeschlagenen Änderungen und werde in der Schlussfassung berücksichtigt.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh erklärt, sie fände den vorliegenden Verfahrensvorschlag sehr gut, da es richtig sei, dass der Bremer Rat für Integration nicht selbst über seine Mitglieder befände. Bei der Beratung zur Entscheidungsfindung durch den Ausschuss solle der Rat aber selbstverständlich mit einbezogen werden.

Abg. Dr. Kuhn stellt klar, dass es im jetzigen Verfahren gelte, zwei ordentliche und ein stellvertretendes Mitglied für die Arbeit im Bremer Rat für Integration nachzubenennen. Die Pressemitteilung mit dem Aufruf zur Abgabe von Bewerbungen solle über die Bürgerschaft, die Presse und den Bremer Rat für Integration veröffentlicht werden. Er schlage vor, in der Ausschusssitzung am 11. April 2012 eine Untergruppe

aus den Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zur Sichtung der Bewerbungen zu bilden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig folgende Neufassung des § 3 Absatz 2 und 3 der Satzung des Bremer Rates für Integration:

„Die acht in der Integrationsarbeit besonders erfahrenen Personen werden vom Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit ausgewählt. Dem Auswahlverfahren geht ein öffentlicher Aufruf zur Abgabe von Bewerbungen voraus. Die acht in der Integrationsarbeit besonders erfahrenen Personen sollen einen Migrationshintergrund besitzen und in Vereinen, Verbänden oder Initiativen engagiert sein. Den Bewerbungen soll eine Darstellung der bisherigen Aktivitäten und der Motivation der Bewerber/innen sowie Referenzschreiben ihrer Organisationen und/oder Kooperationspartner beigefügt werden.

Der Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit beruft auf Grund der Benennungen der Akteursgruppen bzw. auf Grund seines Auswahlverfahrens die Mitglieder und ihre Stellvertreter/innen.“

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Veröffentlichung der Pressemitteilung in der vorgelegten Fassung zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Der Ausschuss nimmt im Übrigen Kenntnis.

4. Protokolle der Sitzungen des Bremer Rates für Integration und Tätigkeitsbericht 2011

Der Ausschuss nimmt die Protokolle des Bremer Rates für Integration vom 25. Mai 2011, 24. August 2012 und 23. November 2012 sowie den Tätigkeits-

bericht 2011 des Vorstands des Bremer Rates für Integration zur Kenntnis.

5. Sonstige aktuelle integrationspolitische Themen

5.1 Entwicklungsplan Partizipation und Integration 2012-2015 - Beteiligung fördern - Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken

Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt berichtet, dass vorgesehen sei, den Entwicklungsplan am 20. März 2012 im Senat zu beschließen. Die Debatte in der Bürgerschaft sei für die Plenarsitzung im April vorgesehen.

Abg. Bolayela weist darauf hin, dass auf Seite 17 des Entwicklungsplans formuliert sei, dass eine systematische Evaluierung der interkulturellen Öffnung stattfinde. Dies sei seines Wissens nicht der Fall.

Abg. Frau Grönert erkundigt sich danach, was mit der „Zielsetzung, ein identitätsstiftendes gemeinsames Fundament zu schaffen“ auf Seite 5 gemeint sei. Auch interessiere sie, weshalb auf Seite 6 neben der Fremdenfeindlichkeit, dem Antisemitismus und dem Rassismus die Diskriminierung ausschließlich auf Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und aufgrund des Geschlechts beschränkt bleibe.

Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt bestätigt, dass es sich um einen redaktionellen Fehler auf Seite 7 handle. Richtig müsse es dort heißen, dass eine Evaluierung bislang *nicht* systematisch stattfinde. Die Zielsetzung eines identitätsstiftenden gemeinsamen Fundamentes beinhalte im Wesentlichen die Anerkennung von Vielfalt. Die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und des Geschlechts sei bewusst explizit aufgenommen worden, da beide Bereiche häufig für Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere für Frauen und Mädchen, besonderer Aufmerksamkeit bedürften. Sie rege an, in der Ausschusssitzung nach der europapolitischen Arbeitstagung in Brüssel über die Umsetzung des Entwicklungsplanes zu beraten.

Abg. Dr. Kuhn bittet darum, weitere Einzelheiten zum Inhalt des Entwicklungsplanes in der Plenarsitzung zu debattieren. Die Begleitung der Umsetzung könne sodann zu gegebener Zeit wiederum im Ausschuss erfolgen.

Abg. Dr. vom Bruch begrüßt den hohen Angebotscharakter des Entwicklungsplanes, erinnert aber daran, dass Integration stets ein Prozess auf Gegenseitigkeit sei. Die angemessene Gewichtung dieses Aspektes vermisse er zuweilen in dem Text.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.2 Weitere

Es liegen keine weiteren aktuellen integrationspolitischen Themen vor.

6. Zuwendungsbericht 2010

Abg. Dr. Kuhn schlägt vor, die einschlägigen Auszüge aus dem Zuwendungsbericht 2010 und die entsprechenden Vorlagen zunächst nur zur Kenntnis zu nehmen und den Zuwendungsbericht 2010 zusammen mit den ausschussrelevanten Haushaltsberatungen 2012/ 2013 in der Ausschusssitzung im April abschließend zu beraten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und beschließt eine erneute Beratung in der Ausschusssitzung im April.

7. Aktuelle bundespolitische Themen

Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt berichtet, dass die Länder sich darauf verständigt hätten, die Beratungen zum Kooperationsverbot im Bundesrat um drei Sitzungen nach hinten zu verlegen. Die Befassung erfolge damit voraussichtlich im September des Jahres. Die Zeit werde für weitere Diskussionen und Verhandlungen zum Erreichen der erforderlichen Mehrheiten benötigt.

Abg. Dr. Kuhn weist darauf hin, dass sich das Thema nach der ersten Beratung des diesbezüglichen Antrags der Fraktion der CDU auch im parlamentarischen Verfahren der Bürgerschaft befinde. Der für Bundesangelegenheiten zuständige Ausschuss sei federführend und werde die Ergebnisse der Beratungen der Fachgremien sowie die Debatte auf Bundesebene zu gegebener Zeit in seine Beratungen einbeziehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8. ACTA - Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie

Herr Bruns führt aus, dass die Bundesregierung sich entschieden habe, die Zustimmung auszusetzen bis die Einschätzung des Europäischen Gerichtshofes vorliege. Er schlage vor, ebenso zu verfahren, um das Thema auf solider rechtlicher Grundlage diskutieren zu können.

Abg. Dr. Kuhn erklärt, die politische Diskussion werde aufgrund des vorliegenden Antrages voraussichtlich bereits in einer der kommenden Plenarsitzungen erfolgen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. Sonstige aktuelle europapolitische Themen

9.1 Subsidiaritätsbedenken zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung und eine Datenschutz-Richtlinie im Bereich der Strafverfolgung

Abg. Dr. Kuhn erklärt, dass es in mehreren Ländern Subsidiaritätsbedenken zu dem in dem sogenannten Datenschutzpaket der Europäischen Kommission enthaltenen Vorschlag für eine Datenschutzgrundverordnung sowie dem Vorschlag für eine Richtlinie für den Datenschutz im Bereich der Strafverfolgung gebe und verweist auf die hierzu übermittelten Unterlagen. Die Prüfung der Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität sei in diesem Fall rechtlich besonders kompliziert. Der Bundesrat werde in seiner Sitzung am 30. März 2012 hierzu beschließen. Die Abgabe einer Stellungnahme des Ausschusses zur Berücksichtigung im Rahmen der Empfehlung für das Abstimmungsverhalten des Senats im Bundesrat sei im Rahmen einer Sondersitzung möglich. Eine Stellungnahme müsse gegebenenfalls bis zur Sitzung des Senats am 27. März 2012 vorliegen. Er schlage vor, dass sich die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen am Donnerstag der kommenden Woche am Rande der Plenarsitzung über die Notwendigkeit der Einberufung einer Sondersitzung verständigten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9.2 Weitere

Es liegen keine weiteren aktuellen europapolitischen Themen vor.

10. Ständige Gäste

Der Ausschuss beschließt einstimmig, Frau Silke Harth, Leiterin des Referates für Angelegenheiten der Zuwanderungs- und Integrationspolitik sowie

Migrations- und Integrationsbeauftragte bei der Senatskanzlei, anstelle des ausgeschiedenen Herrn Erhard Heintze als ständigen Gast regelmäßig zu den Sitzungen des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit einzuladen.

11. Verschiedenes

11.1. Termin der Ausschusssitzung im April

Der Ausschuss beschließt, die für den 17. April 2012 vorgesehene Ausschusssitzung auf Mittwoch, den 11. April 2012, 15:00 Uhr, zu verlegen.

11.2. Strategie zur Europa-Kommunikation des Auswärtigen Amtes

Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt das in der Strategie zum Ausdruck kommende Bekenntnis zur Notwendigkeit der Europa-Kommunikation und hofft, dies als Argument für die zukünftige Finanzierung des Europa.Punkt.Bremen nutzbar machen zu können.

Abg. Dr. Kuhn gibt bekannt, dass der Ausschuss der Regionen (AdR) in seiner letzten Sitzung einen Beschluss zur Aufstockung der Finanzierung und zur Absicherung der Arbeit der EU-Info-Points beschlossen habe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

11.3 Vorläufige Themenvorschläge für die europapolitische Arbeitstagung in Brüssel

Abg. Dr. Kuhn erinnert daran, dass es für die europapolitische Arbeitstagung des Ausschusses in Brüssel im Falle der Verhinderung die Möglichkeit der Vertretung durch stellvertretende Ausschussmitglieder gebe. Die Anreise werde mit der Bahn erfolgen. Er rege an, dass sich die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen am Rande der Plenarsitzung auf die Auswahl und gegebenenfalls Ergänzung der vorgeschlagenen Themen verständigten.

Herr Bruns erklärt auf Nachfrage des **Abg. Saffe**, dass das Parlament zur Zeit des Brüsselaufenthaltes des Ausschusses in Brüssel tage. Ein Zusammentreffen mit den bremischen beziehungsweise für Bremen mit zuständigen Mitgliedern des Europäischen Parlamentes sei vorgesehen. Ein Besuch des Parlamentes sei sehr zeitaufwändig, könne aber organisiert werden. Es sei für einen solchen Besuch ein halber Tag einzukalkulieren.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh bittet um Berücksichtigung des Themenkomplexes der Europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

11.4 Themenvorschläge der Fraktionen aus dem Arbeitsprogramm 2012 der KOM

Abg. Dr. Kuhn zeigt den Sachstand der Themensammlung aus dem Arbeitsprogramm 2012 der Europäischen Kommission auf und fordert die Fraktionen, deren Beiträge noch nicht eingegangen sind, auf, weitere Themen zu benennen. Die Europaabteilung werde gebeten, die Themen im Auge zu behalten und dem Ausschuss jeweils zu gegebener Zeit zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

11.5 Informationstag des IQ-Netzwerkes Bremen

Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt weist auf den Informationstag des IQ-Netzwerkes Bremen über das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen am 13. April 2012 hin und kündigt den Versand des Flyers zu der Veranstaltung an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

11.6 Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft

Staatsrätin Prof. Dr. Quante-Brandt gibt bekannt, dass Bremen die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes am 19. März 2012 unterzeichnen werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

(Schluss der Sitzung 16:30 Uhr)

Ausschussvorsitzender

Dr. Hermann Kuhn